

Johano Strasser
Gesellschaft in Angst

Schriftenreihe Band 1378

Johano Strasser

Gesellschaft in Angst

Zwischen Sicherheitswahn und Freiheit

Johano Strasser, geboren 1939 in Leeuwarden /Niederlande, promovierte 1967 in Philosophie und habilitierte sich 1977 in Politikwissenschaft an der FU Berlin. Seit 1983 ist er als freier Schriftsteller tätig. 2002 übernahm er die Präsidentschaft des P.E.N.-Zentrums Deutschland.

Diese Publikation stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Bonn 2013

Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Copyright © 2013 by Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH, München

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Umschlagfoto: ddp images

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

ISBN 978-3-8389-0378-1

www.bpb.de

»Die Heizer häufen noch die Kohlen, aber die Führer regieren nur noch zum Schein die dahinrasenden Maschinen. Und in diesem Nu, während du redest, kannst du es wie ich hören, dass das Hebelwerk der Wirtschaft in einer ungewohnten Weise zu surren beginnt; die Werkmeister lächeln dich überlegen an, aber der Tod sitzt in ihren Herzen. Sie sagen dir, sie passten den Apparat den Verhältnissen an; aber du merkst, sie können fortan nur noch sich dem Apparat anpassen, solange er es eben erlaubt.« (Martin Buber)

»Die Furcht vor der Auflösung der Gesellschaft ist ein Zug der individualistischen Gesellschaftstheorie. (...) Einerseits muss man also diese Furcht als Merkmal unserer Gesellschaften akzeptieren, sie aber andererseits als Soziologie des Individualismus überwinden.« (Alain Ehrenberg)

»Wer sich mit ›Sicherheit‹ befasst, bemerkt sehr bald, dass er damit ein Problem von beunruhigender Aktualität und Wichtigkeit aufgegriffen hat. Jedermann ist durch dieses Problem betroffen, ob er es nun wahrhaben will oder nicht.« (Daniel Frei)

Inhalt

Einführung ins Thema	7
Teil I	
Eine Gesellschaft in Angst	29
1. Die prekäre Existenz des Menschen	30
2. Die Angst nimmt zu	43
3. Kriminalität und abweichendes Verhalten	63
4. Das Ungleichgewicht des Schreckens	78
5. Verfall lebensleitender Institutionen	87
6. Gesundheit in Gefahr!	99
7. Wachsende Macht – wachsende Verantwortung	112
8. Macht Freiheit Angst?	125
Teil II	
Strategien der Entängstlichung	137
1. Vorhersehen und Vorbeugen	138
2. Kommunitaristische Regression oder sinnvolle Dezentralisierung	148
3. Salto mortale – oder: der Ausbruch aus dem Goldenen Käfig	161
4. Die Rationalisierung von Ängsten: Mythen, Religionen, Ideologien	170
5. Die Neuordnung der sozialen Welt	183
6. Selbstsicherheit, soziokulturelle Sicherheit, Lebenszuversicht	195
Epilog – Über Melancholie und lachende Vernunft	203
Zitierte Literatur	219

Einführung ins Thema

Wer Sicherheit, immer umfassendere, immer perfektere Sicherheit als Ziel theoretischer und praktischer Bemühungen in Frage stellt, noch dazu in einer Zeit großer und – vermeintlich oder tatsächlich – wachsender sozialer, ökologischer, militärischer und terroristischer Bedrohungen, begibt sich aufs Glatteis. Ein tückisches Glatteis besonders für den, der sich mit dem abgenutzten Schuhwerk darauf wagt, mit dem wir späten Kinder der Aufklärung uns fortbewegen müssen.

Sicherheit, schreibt Andrea Schrimm-Heinz, sei zum »zentralen Wertbegriff der modernen Menschen« geworden.¹ Eine geradezu krankhafte Präokkupation mit dem Thema *Sicherheit* bescheinigte schon Ludwig Marcuse seiner Zeit in einem Essay aus den vierziger Jahren: »Sicherheit ist die Besessenheit dieser Zeit.«² In der Tat gehört *Sicherheit* seit Langem zu den wertbeständigsten Münzen im politischen Geschäft. Kaum ein Begriff spielt in Parteiprogrammen, in Wahl- und Parlamentsreden, in politischen Lageberichten, Umfragen, Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehkommentaren eine derart zentrale Rolle. Kaum ein Begriff eignet sich auch so gut dazu, Menschen zu manipulieren und Andersdenkende zu diskriminieren: Keine Experimente! Sicherheitsrisiko! Kaum ein Begriff ist so bequem zur Hand, wenn es gilt, von den Menschen Opfer einzufordern. Wenn es um *unsere Sicherheit* geht, ist keine Summe zu fantastisch; wenn es gilt, Gefahren für *unsere Sicherheit* abzuwehren, opfern wir Freiheiten gleich dutzendweise. Das haben die Reaktionen auf die Terrorakte vom 11. September 2001 wieder einmal schlagend deutlich gemacht. Das Sicherheitsargument ist ein Passepartout, mit

¹ Schrimm-Heinz, S. 213.

² Ludwig Marcuse, S. 23 f.

dem die Exekutive noch jede Tür zu öffnen versteht, die ihr laut Verfassung (und nach den gängigen Regeln der Moral) verschlossen sein sollte.

Nie in ihrer Geschichte haben die Menschen gewaltigere Anstrengungen unternommen, um sich gegen Krankheit, Not, Unfälle, Diebstahl, Gewalt, Terror, Subversion und kriegerische Aggression abzusichern. Polizei und Verfassungsschutz, die Organe der Inlands- und Auslandsaufklärung sind mit modernstem Gerät und subtilen Observations- und Fahndungstechniken dabei, sich zum allgegenwärtigen *Großen Bruder* zu mausern. Spezialtruppen zur Terroristenbekämpfung stehen Tag und Nacht in Bereitschaft, Objekt- und Personenschutz rund um die Uhr sind zur Routine geworden. Gewaltige Ausgaben für die militärische Verteidigung sollen uns vor Angriffen von außen bewahren. Unser Rechtssystem lässt kaum etwas unregelt. Wo unsere Juristen eine Rechtslücke erspähen, erfasst sie der *horror vacui*: Erst wenn sie ausgefüllt ist, können sie wieder ruhig schlafen.

Eine blühende und expandierende Sicherheitsindustrie ergänzt das staatliche Angebot. Mit dem Verkauf von Sicherheit lassen sich glänzende Geschäfte machen, gerade in Krisenzeiten. Die Versicherungspaläste zeugen davon – ebenso die Bilanzen der Hersteller von Sicherheitstechnik. Safes, Alarmanlagen, Überwachungskameras, Gaspistolen und andere Waffen finden reißenden Absatz. Wer es sich leisten kann, sichert sein Haus gegen Einbruch mit biometrischen Zugangssystemen, mit Panzerriegeln vor Türen und Fenstern, mit Bewegungsmeldern im Garten und auf der Terrasse. Wer sich zu den Spitzen in Staat und Gesellschaft zählt, fährt im gepanzerten Spezialauto. Jedes größere Unternehmen hat einen eigenen Werkschutz. Sicherheitsberater, Privatdetektive, Wachdienste und Bodyguards bieten in Zeitungsannoncen ihre Dienste an. Global operierende Unternehmen sichern

Großevents wie die Fußball-WM, die Olympischen Spiele oder den European Song Contest mit subtiler Technik und geschultem Personal gegen Krawallmacher und Terroristen, Dienstleistungskonzerne stellen private Söldnerarmeen zur Verfügung, die die Drecksarbeit für Politiker und Wirtschafts-bosse erledigen – mittlerweile ein umkämpftes Milliarden-geschäft. Kurse in Selbstverteidigung haben regen Zulauf. Hier und da üben Abgeordnete zwischen zwei Ausschusssitzungen Pistolenschießen – für alle Fälle. Und weil es Entschlossenheit demonstriert.

Ganze Bibliotheken ließen sich füllen mit Kompendien wie *Sicherheitstechnik bei Anwendung von Brenngasen; Brandschutz und Feuersicherheit im Verbrauchermarkt und Warenhaus; Sicherheitsbestimmungen im Schulbau*. Längst ist *Technisches Sicherheitsrecht* Lehrfach an unseren Hochschulen. Heere von Beamten und Angestellten plagen sich und andere mit Vorschriften über die Sicherung von Baustellen, Gleisanlagen, Mülldeponien, über Arbeitsschutz, Jugendschutz und Seuchenschutz, über den Schutz der Gewässer vor den Menschen und der Menschen vor verseuchtem Wasser.

Sicherheit definiert Meyers *Enzyklopädisches Lexikon* – hier zitiert nach der Auflage von 1977 – als »Zustand des Unbedrohtseins, der sich objektiv im Vorhandensein von Schutz(einrichtungen) bzw. im Fehlen von Gefahr(enquellen) darstellt und subjektiv als Gewissheit von Individuen oder sozialen Gebilden über die Zuverlässigkeit von Sicherungs- und Schutzeinrichtungen empfunden wird. Individuelle Sicherheitsbedürfnisse bestehen gegen die Gefährdung der materiellen Existenz u. a. durch Krankheiten, Unfälle, soziale Notlagen sowie durch gegen Person und/oder Eigentum gerichtete Willkür- und Gewaltakte; Schutz vor letzteren bieten die Verfassung und die Institutionen des Rechtsstaats sowie die Garantie der Menschen- und Grundrechte. Angriffe von innen

und außen wehren die Staaten durch Maßnahmen staatlicher Sicherheitspolitik ab.«

Allerdings, was sich in der wohlgeordneten Welt der Enzyklopädie so reibungslos ineinanderfügt, ist in Wirklichkeit voller dorniger Widersprüche. Schutz soll uns die Verfassung bieten, Sicherheit vor Übergriffen Einzelner und des Staates. Darum die Garantie der Menschen- und Grundrechte. Aber die Behörden, die sich für unsere Sicherheit verantwortlich fühlen, greifen immer ungenierter in die grundgesetzlich garantierten Rechte ein, um terroristische Gewalt und Gefahren für die *freiheitlich demokratische Grundordnung* abzuwehren und der wachsenden organisierten Kriminalität Herr zu werden. Weil sicher sicher ist. Weil man nie wissen kann. Weil jeder Bürger von Staats wegen verdächtig ist – besonders wenn er von seinen Grundrechten Gebrauch macht.

Verfassungswidrige Aktivität zum Schutz der Verfassung – das ist nur einer der vielen Widersprüche, denen man begegnet, wenn man sich mit dem Thema *Sicherheit* näher befasst. Überall, so scheint es, werden die Systeme, die die Risiken minimieren sollen, selbst immer öfter zum unberechenbaren Risiko. Das gilt für die Militärapparate, für die Polizei, für den Staatsschutz, für die zentralen Versorgungseinrichtungen, auf die wir bei den einfachsten täglichen Verrichtungen angewiesen sind, ja, in gewisser Weise sogar für die sozialen Dienste. Vor allem gilt es auch für das global funktionierende System der Reichtumsproduktion, von dem wir uns erhofften, dass es Knappheiten, Hunger und Elend beseitigen würde, und von dem wir jetzt wissen, dass es, wie Nicholas Sterns Bericht über die ökonomischen Folgen des Klimawandels belegt, zu gewaltigen Schädigungen führt, die abzuwenden oder auch nur abzumildern bis zu zwanzig Prozent des Weltsozialprodukts verschlingen würde. Und wo Menschen, die es sich leisten können, sich, beunruhigt über die vielen über sie hereinbre-

chenden Gefahren, in die vermeintliche Geborgenheit ummauerter Gemeinschaften zurückziehen, wird die Umwelt, werden die Fremden erst recht als bedrohlich wahrgenommen, sodass Angst und Unsicherheit eher noch weiter zunehmen und der weltoffene Geist der Freiheit allzu leicht einem latent oder offen aggressiven Provinzialismus Platz macht.

Beunruhigende Fragen stellen sich ein: Was hat die explosionsartige Zunahme von Sicherheitsleistungen verursacht? Und: Hat sie uns tatsächlich, alles in allem, mehr Sicherheit, mehr Freiheit von Angst eingebracht? Oder ist die Maßlosigkeit unseres Sicherheitsbedürfnisses nur ein Indiz für die Maßlosigkeit unserer Angst? Und: Woher rührt die Angst, die uns zu so gewaltiger vorsorgender und versichernder Betriebsamkeit drängt?

Politiker aller Lager verweisen auf die erhöhten Gefahren in unserer modernen Welt: Früher war es die Bedrohung aus dem Osten, heute, nach den Anschlägen vom 11. September 2001, ist es der »muslimisch-fundamentalistische« Terrorismus, der an erster Stelle genannt wird. Es folgen die Gefahren der Technik, die Erderwärmung, die sozialen Probleme, Epidemien oder vorschnell in den Medien zu Epidemien erklärte Krankheiten, die scheinbar immer mehr um sich greifende Kriminalität. Kann man einen Schwerverbrecher, kann man einen Sexualstraftäter nach zwanzig, dreißig Jahren Haft freilassen, wenn doch von ihm noch eine Gefahr ausgehen könnte? Der Konflikt um die Sicherungsverwahrung, ausgelöst durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, erregt die Öffentlichkeit ebenso wie die Diskussion über die Zulässigkeit der Folter, die bei jedem Fall von Kindesentführung und bei jedem Terrorverdacht wieder aufbrandet. Angesichts wachsender Gefährdungen, so meinen die meisten Menschen, seien verstärkte Anstrengungen für unsere Sicherheit unerlässlich. Und wenn dabei geheiligte

Grundsätze des Rechtsstaats angetastet werden müssten, so sei das als unvermeidlich hinzunehmen.

Wo die Gefahr, auch die nur eingebil-dete, wächst, wächst die Angst, wächst der Sicherheitsaufwand, wachsen die Kontrollbefugnisse des Staates auch. Wer bei der Frage nach den Gründen dieses Eskalationsprozesses nicht tiefer dringt, landet unausweichlich bei der Forderung nach immer perfekteren technisch-organisatorischen Sicherheitsleistungen. Gestritten wird dann allenfalls darüber, wo zunächst und vornehmlich investiert werden soll: in die Rüstung, in den Ausbau der Polizei, in den Zivilschutz oder eher in die soziale Sicherung, in den Unfall- oder den Umweltschutz.

Andererseits: Wenn heute gegen übertriebenes Sicherheitsdenken polemisiert und größere Risikobereitschaft gefordert wird, handelt es sich zumeist um taktische Manöver im Interessenkampf. Manche Unternehmerverbandssprecher tarnen hinter solch grundsätzlicher Argumentation ihre Versuche, zulasten der Sozialhaushalte mehr öffentliche Gelder zur Absicherung privater Investitionen zu erhalten. Wirtschaftsminister machen gelegentlich auf diese Weise deutlich, dass sie von den Unternehmen mehr innovative Investitionen erwarten, oder die Finanzminister, dass sie zu weiteren Investitionshilfen und Steuernachlässen nicht mehr bereit sind. Neoliberale und Monetaristen versuchen mit solchen Tönen, ihrem Eintreten für einen entfesselten Markt und für die Privatisierung öffentlicher Leistungen eine philosophisch-kulturelle Dimension zu geben. Kaum je ist unter den Lobrednern auf Risikobereitschaft und Lust am Abenteuer einer, der seine Schäfchen nicht schon im Trockenen hätte. Oder es handelt sich um vorübergehendes Kokettieren mit der Bohème, aus jugendlichem Überschwang und nicht selten in dem Bewusstsein, dass nach dem Examen krisensichere Beamtenbezüge winken.